

**Frage 3:**

**Sollte Ihres Erachtens das städtische Wohnungsunternehmen Wohn- und Stadtbau finanziell gestärkt werden, indem die Gewinnabführung an den Haushalt der Stadt Münster reduziert wird?**

**Sebastian Kroos (Piratenpartei)**

In Münster ist bezahlbarer Wohnraum für zu Viele Mangelware, das wird wohl niemand bestreiten. Trotz der in Münster recht großzügigen Höchstgrenzen kann ich mir gut vorstellen, das es schwierig bis unmöglich ist, den Anforderungen des Jobcenters zu entsprechen. Ein Problem sind ja auch die Nebenkosten, wo das Jobcenter strikte Grenzen zieht. Bei der Kaltmiete räumt das Amt ja immerhin Übergangsfristen ein und zahlt auch über den Höchstgrenzen. Eine langfristig nachhaltige Lösung ist es, mehr Wohnraum zu schaffen. Das Jobcenter sollte die Realität anerkennen und entsprechend Kulanz einräumen.

**Ratsherr Thomas Fastermann (SPD)**

Die Herausforderung, preiswerten Wohnraum zu schaffen, ist riesengroß. Und deswegen auch für die Wohn- und Stadtbau eine ganz wichtige Aufgabe – neben der Konversion der Kasernenflächen und vieler weiterer Aufgaben. Deswegen wollen wir als SPD, dass die Wohn- und Stadtbau von ihrem Eigenkapital in der Lage ist, diese großen Aufgaben zu stemmen. Und da muss man sich sicherlich anschauen, ob da überhaupt noch was an Gewinn abführbar ist. Wichtig ist: die Wohn- und Stadtbau muss handlungsfähig sein. Das ist das eine. Das andere ist, dass die Wohn- und Stadtbau auch unsere Wohnungsprobleme nicht alleine lösen kann. Und darum noch einmal: Es geht ganz entscheidend darum, dass alle Investoren, die in Münster bauen, verbindliche Quoten haben für geförderten Wohnungsbau und preisgedämpften Wohnungsbau. Preiswerten Wohnraum zu schaffen, ist nicht nur eine Aufgabe für die städtischen Unternehmen, das muss eine Vorgabe sein, an die sich alle Akteure halten müssen. Und ich hoffe, dass noch weitere Akteure hinzukommen, beispielsweise neue Genossenschaften und Wohnprojekte, die sich beteiligen, günstigen Wohnraum zu schaffen.

**Uwe Raffloer (UWG)**

Die Wohn – und Stadtbau ist für Münster ganz besonders wichtig, denn nach dem Verkauf der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften ist die Wohn- und Stadtbau ein wichtiges Instrument, um die Wohnraumversorgung in Münster sicherzustellen. Nach meinen Informationen ist es so, dass gerade in den letzten Jahren die Wohn- und Stadtbau auch überwiegend den Bereich des geförderten Wohnungsbau abgedeckt hat bzw. die erforderlichen Mittel dafür bei dem Land abgefordert hat. Wichtig ist, damit die Wohn- und Stadtbau diese Funktion erfüllen kann, muss sie auch die Möglichkeit haben, an anderen Stellen eine Gegenfinanzierung aufzubauen. Das bedeutet, in den Bereichen, wo die Wohn- und Stadtbau Gewinne macht, muss sie diese auch behalten können, um mit diesen Gewinnen dann wiederum den geförderten Wohnungsbau unterstützen zu können. Erst wenn an dieser Stelle kein Bedarf mehr da ist, oder ein geringerer Bedarf entsteht, erst dann können Gewinne der Wohn- und Stadtbau auch wieder dem städtischen Haushalt zufließen.

**Rüdiger Sagel (Die Linke)**

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Wohn- und Stadtbau ist in der Situation, dass sie nach wie vor 2,5 Millionen Euro an den städtischen Haushalt abführen muss, d. h. Gewinne, die sie selbst gemacht hat. Die Linke war die erste Partei, die das thematisiert und gefordert hat, dass dieses Geld bei der Wohn- und Stadtbau bleibt. SPD und Grüne, wie auch CDU und FDP haben damals im Rat dagegen gestimmt. Wir sagen aber, dass zusätzlich

„Wahl lokal 2014“ ist eine Bürgerfunk-Initiative zur Kommunalwahl 2014  
des medienforum münster e. V.

[www.medienforum-muenster.de](http://www.medienforum-muenster.de)



eigentlich noch weiteres Geld von der Stadt an die Wohn- und Stadtbau fließen muss, damit jedes Jahr mindestens 1.000 neue Sozialwohnungen geschaffen werden. Dafür gibt es aber bisher keine Lobby – außer die Linke. Wir werden dafür kämpfen, dass das passiert, damit 1.000 Sozialwohnungen im Jahr tatsächlich auch gebaut werden können.

#### **Ratsherr Gerhard Joksch (Bündnis 90/Die Grünen/GAL)**

Zur Wohn- und Stadtbau meinen wir, dass das Unternehmen als Akteur der städtischen Wohnungspolitik über genügend Eigenkapital verfügen muss. Und das bedeutet, dass die bisher beschlossene und jährlich abgeführte Zahlung an den Haushalt der Stadt verringert und auf Dauer auch eingestellt werden muss, weil nur so die Wohn- und Stadtbau in der Lage ist, das wohnungspolitisch zu realisieren, was der Rat von ihr will und was für den Wohnungsmarkt in Münster erforderlich ist.

#### **Ratsherr Franz Pohlmann (ÖDP)**

Die Fragestellung ist irreführend. Die Aufgabe der Wohn- und Stadtbau besteht in erster Linie darin, für den Bau bezahlbaren Wohnraums zu sorgen. Für die Wahrung dieser Aufgabe ist sie sehr gut aufgestellt. Die Gewinnabführung des Unternehmens an den städtischen Haushalt hat nichts mit seiner Leistungsfähigkeit zu tun. Die Eigenkapitalausstattung reicht allemal, um sich am Markt mit günstigen Investitionskrediten zu versorgen. Die Gewinnabführungen sind ein wichtiger Baustein im städtischen Haushalt, mit dessen Hilfe unter anderem auch soziale Standards gehalten werden. Insofern ist schon die Frage falsch: Das eine hat mit dem anderen wenig bis gar nichts zu tun. Nichtsdestotrotz sind städtische Wohnbauunternehmen und Wohngenossenschaften wichtige Bestandteile des Marktes.

#### **Ratsfrau Angela Stähler (CDU)**

Ja, die Wohn- und Stadtbau muss als städtisches Tochterunternehmen die vom Rat definierten Ziele verfolgen und umsetzen. Momentan ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in aller Munde und die Kommune ist ja auch verpflichtet sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Ich denke, das muss mit allen Mitteln auch unterstützt werden. Und jetzt zum Beispiel, vor dem Hintergrund, dass die Wohn- und Stadtbau die Konversionsflächen in Gievenbeck von der BIMA erwerben soll, muss sie einfach wirtschaftlich gut aufgestellt sein. Das heißt, sie benötigt eine gute und eine stabile und wirtschaftlich sinnvolle Eigen- und Kapitalquote. Von daher könnte es zumindest temporär durchaus möglich sein, dass die Gewinne reduziert werden.

#### **Ratsherr Jürgen Reuter (FDP)**

Ich würde diese Frage anders stellen wollen: die Wohn- und Stadtbau darf nicht weiter geschwächt werden. Das Wohnungsunternehmen der Stadt leistet gute Arbeit im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, bei preiswertem Wohnraum und z. B. bei dem Bau von Flüchtlingsunterkünften und auch bei dem starken Ausbau von notwendigen Kita Plätzen. Die Eigenkapitalquote liegt an der Grenze, ist aber noch in einem für die Wohn- und Stadtbau akzeptablen Bereich. Außerdem kann die Wohn- und Stadtbau nicht alleine die nun notwendigen Wohnungen bauen. Hier sind neben der Wohn- und Stadtbau auch Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften und private Investoren gefragt. Dieses Vier-Säulen-Modell wird von der FDP favorisiert, um in einer gemeinschaftlichen Anstrengung der Wohnungsnot zu begegnen.